



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein

Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Heinrich-Heine-Straße 3-5 · 15831 Mahlow

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

INFO 46

Mahlow, im August 2007

Achtung: Der BVBB hat sein neues Büro ab 1. Oktober 2007 in Blankenfelde, Wilhelm-Grunwald-Str. 48-50 (Ecke Schlossstraße)

Wir müssen Ihnen und uns den Umzug zumuten, weil die Gemeinde Blankenfelde Mahlow den Mietvertrag für unser Büro in Mahlow gekündigt hat. In einem neuen Mietangebot verlangte die Gemeinde (mit Zustimmung des Bürgermeisters Baier) einen Mietzins, den wir nur als unverschämte bezeichnen können. Diese Maßnahme ist nur ein Teil des Kampfes von Baier und der Mehrheit der Gemeindevertretung (SPD und CDU), die sich durch den Kampf des BVBB für die vom Fluglärm betroffenen Bürger gestört fühlen.

Die Katze ist aus dem Sack - die nächste Klage wird vorbereitet

Mit seinem Urteil im März 2006 hatte das Bundesverwaltungsgericht die im Planfeststellungsbeschluss zum Neubau BBI Schönefeld beabsichtigte Nachtflugregelung als widerrechtlich aufgehoben. Grund: Der von den Gesellschaftern (Land Berlin, Brandenburg und Bund) gewollte uneingeschränkte Nachtflug wurde als Anschlag auf die Gesundheit der Betroffenen und deren Recht auf Nachtruhe verworfen. Tatsächlich wollten Wowereit, Platzeck sowie die Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus und im Landtag von Brandenburg 120.000 betroffenen Bürgern die Nachtruhe rauben und ihnen zumuten, alle 6-8 Minuten (360 000 mal im Jahr) durch Überflüge den Fluglärm auch zwischen 22:00 Uhr und 6:00 Uhr aufzwingen. **Dieses rücksichtslose Vorhaben haben die Kläger des BVBB durch ihre Klage zunichte gemacht. Ein Erfolg, den viele Bürger noch gar nicht ermessen können.**

Jetzt nehmen Flughafengesellschaft und brandenburgische Landesregierung einen neuen Anlauf, um die Gerichtsentscheidung zu unterlaufen. Ihr Ziel: den Nachtflug durch Aufweichung der Gerichtsentscheidung doch noch durchzusetzen. Als Vorgabe für das Ziel hat die Flughafengesellschaft nun drei Gutachten bei der Planfeststellungsbehörde eingereicht. Dreist wird darin der Behörde auferlegt, sich systemkonform zu verhalten und mit deren Entscheidung Einfluss auf die Angebots- und Nachfragestruktur zu nehmen. Das damit verbundene Verkehrsangebot soll die Behörde der voraussichtlichen Entwicklung anpassen. Das heißt: Die Planfeststellungsbehörde soll für die Nachtrandzeit zwischen 22:00 Uhr und 23:00 Uhr 59 Starts und Landungen, und zwischen 23:00 Uhr und 23:59 Uhr weitere 15, für die Zeit zwischen 0:00 Uhr und 5:00 Uhr 9 und zwischen 5:00 Uhr und 6:00 Uhr 10 Starts und Landungen genehmigen. In der Praxis bedeutet dies: Fluglärm im Minutentakt bis Mitternacht, während in der Tagzeit nur alle 2 Minuten ein Überflug geplant ist.

Diese mit wirtschaftlicher Notwendigkeit begründeten Flüge sind nicht nur ein dreister Anschlag auf die Entscheidung des Gerichtes. Sie sind vor allem entlarvend im Hinblick auf ihre Rücksichtslosigkeit gegenüber den gesundheitlichen Folgen für die betroffenen 120.000 Menschen zwischen Müggelheim/Grünheide, Gosen im Osten und Ludwigsfelde im Westen.

Der BVBB stellt sich nun darauf ein, dass alle Betroffenen den „ergänzenden Planfeststellungsbeschluss“ und den unverschämten Versuch des Raubs der Nachtruhe wieder mit persönlichen Einwendungen bekämpfen muss. Dabei rechnen wir mit einer Propagandaentscheidung der Planfeststellungsbehörde: Soviel Überflüge wie von der Flughafengesellschaft gefordert wird sie nicht genehmigen wollen und dann eventuelle Streichungen mit Verantwortung vor dem Gesundheitsschutz begründen.

Also, wie beim rechtswidrigen Beschluss, den das Gericht im März 2006 verworfen hat, bereits gehabt. Es wird wieder ein Anhörungsverfahren geben, bevor die Planfeststellungsbehörde dann zeigen kann, ob sie sich den politischen und wirtschaftlichen Interessen beugen oder aus dem bisherigen Verfahren die richtigen Lehren ziehen wird. Wenn nicht, dürfen die gedungenen Beamten der Behörde mit einer zweiten Ohrfeige des Gerichtes rechnen. Der Planfeststellungsbeschluss landet dann wieder vor dem Bundesverwaltungsgericht.

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Einladung an alle Bürger in Blankenfelde Mahlow

Am 16. August 2007 um 19:00 Uhr lädt die Ortsgruppe Blankenfelde-Mahlow-Diedersdorf zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung in der Gaststätte „Zur Eiche“, Blankenfelde, Dorfstr. 65 ein.

Nachdem sich Bürgermeister und Gemeindevertreter mehrheitlich weigern, die betroffenen Bürger über die Folgen des BBI zu informieren und mit ihnen zu diskutieren, wird der BVBB dies tun. Bürgermeister Baier hat die Einladung zum Dialog schon abgelehnt.

Auf der Veranstaltung wird der BVBB konkret Stellung beziehen. Dies gilt insbesondere für die Themenkomplexe:

- **Gesundheitsgefahren durch den BBI**
- **Gesundheitsgefahren und Lernbeeinträchtigung für Kinder in KITAS und Schulen**
- **Was steht in den Gutachten der Flughafengesellschaft (FBS) zu den gewollten Nachtflugregelungen für den ergänzenden Planfeststellungsbeschluss?**
- **Wie geht es weiter mit dem ergänzenden Planfeststellungsbeschluss?**
- **Was will die Gemeinde/Bürgermeister bzw. was nicht?**

Die Jubelperser haben Hochkonjunktur

Es vergeht kaum noch ein Tag, der die Presse nicht veranlasst, neue Jubelgesänge über Fortschritte beim Bau des BBI anzustimmen. Mal sind es fertige Wasserleitungen, mal tolle Baugruben für den überdimensionierten Untertagebahnhof, die angeblichen Festlegungen der Schienenanbindung, die fortschreitende Straßenanbindung, die zweifelhafte Beteiligung angeblicher Firmen aus der Region, ein schöner Aussichtsturm zur Besichtigung der Baustelle, die vielen Arbeitsplätze usw.

Wir fragen darum kritisch nach, warum nicht auch darüber berichtet wird, welche Folgen der BBI sonst noch hat. Spielen Fluglärm, Gesundheitsschäden, Eigentumsvernichtung, Gesundheitsschäden der Kinder, Zerstörung der Lebensumwelt, eine gigantische Umweltverschmutzung durch Flugzeugabgase und Feinstäube, die Zerstörung von Erholungsgebieten, die Schuldenfinanzierung und die Verkehrsbelastung auf den Zufahrtsstraßen keine Rolle mehr? Offensichtlich nicht. Denn die Gleichschaltung von politischen und wirtschaftlichen Interessen funktioniert so schön. Da sind die nur 120.000 Betroffenen, auch als Leser doch nur Störenfriede, die an der schönen neuen BBI-Welt herumrörgeln.

Man fasst sich an den Kopf

Seitenweise berichtet die Presse über die angeblichen Unverschämtheiten der Lufthansa, ihre Geschäftsinteressen an Berliner Flughäfen zu schützen. Dies gepaart mit dem Vorwurf, die Lufthansa sei Berlinfeindlich. Dabei tut sie nur etwas, was in internationalen Abkommen vereinbart ist. Sie legt Wert darauf, dass die Abkommen eingehalten werden, um nicht auf kaltem Weg im Wettbewerb Schaden zu erleiden. So wird denn als Gipfel des Berlinschutzes auch noch kommentiert, natürlich gegen die Lufthansa.

In denselben Ausgaben kann es dann auch vorkommen, dass gleichzeitig Berlin und Brandenburg als monopolistische Sachwalter privaten Investoren durch Änderung von Landesentwicklungsplänen verbieten, in Eberswalde/Finow oder Neuhardenberg Flughäfen auszubauen, um dort Berlinern und Brandenburgern ein Angebot machen zu können, billig zu fliegen. Da sind denn Verbote gegen den Wettbewerb eine Heldentat, weil damit Schaden vom BBI abgewendet wurde. Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe. Der Staat als widerrechtlich tätiger Monopolist kann sich jedes Recht herausnehmen. Der private Investor bekommt noch nicht einmal ein Gnadenbrot. Schöne Wirtschaftsförderung, schöne Marktwirtschaftler, kann man dazu nur sagen.

Schöne neue Welt

Fleißig, ohne jemals die Bürger nach ihren Wünschen und Interessen zu befragen, basteln nun auch die Gemeinden mit der Flughafengesellschaft und den Landesbehörden an Alibikonzepten. Sie sollen den Betroffenen vermitteln, dass es durch neue Straßen, Akustikkäfige für Schulen und KITAS (Lärmschutzfenster mit Zwangsbelüftung) neue Wohn- und Gewerbegebiete und mehr Geld für alles Mögliche eine schöne neue Welt gibt. Wir fragen, warum wird der BVBB als Schutzorganisation der Bürger an solchen Gesprächen nicht beteiligt? Warum werden die bekannten Forderungen des BVBB für eine wirkliche Entlastung der Bürger von den Folgen des BBI Flugbetriebs einfach ignoriert? Überall wo es in Deutschland Probleme mit Flughäfen gibt, ist eine effektive

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Beteiligung der Bürgerinitiativen und der Bürger eine Selbstverständlichkeit. Da sollen doch die Bürgermeister und Gemeindevertreter mal nach Frankfurt/Main, Köln/Bonn, München oder Düsseldorf schauen. Da arbeiten nämlich Bürgerinitiativen in allen Belangen der Flughafenfolgen und Planungen in Gremien und Dialogforen zusammen, da wird an einem Strang gezogen, da werden die Interessen der Bürger anerkannt. Da sind auch die Parteien oder Ministerpräsidenten nicht dumm.

Wer Zusammenarbeit mit dem BVBB in unserer Region nicht für notwendig erachtet und glaubt, den BVBB ignorieren zu können, der schadet sich selbst. Wer glaubt, dass es nun an der Zeit ist, sich parteipolitisch einzuordnen, Frieden mit einer rücksichtslosen Landespolitik zu schließen und die noch rücksichtslosere Flughafengesellschaft als Partner zu haben, der zeigt nur, dass es ihm nicht um die Menschen/Bürger geht. Zusätzlich zerstört er den letzten Rest an Glaubwürdigkeit und provoziert einen Bürgerwiderstand, dessen Opfer er werden kann.

Ist es schon vergessen, wer das Volk ist? Hofft man darauf, dass es gelingt, den Betroffenen den BBI doch noch schmackhaft machen zu können? Hofft man darauf, dass vergessen wird, wer die Schuldigen der Standortentscheidung sind. Hofft man darauf, dass man die Betroffenen für so dumm halten kann, dass sie bei den nächsten Wahlen die Parteien belohnen, die ihnen den BBI beschert haben?

Ein offenes Wort an die verzagten betroffenen Bürger

Natürlich ist verständlich, dass wir alle auch daran geglaubt haben, durch Gerichtsentscheidung den BBI verhindern zu können. Da stand ja auch alles für Wowereit, Platzeck und die sie stützenden Parteien, SPD und CDU, auf Messers Schneide. Erinnern Sie sich daran, wie sie aufgeatmet haben, als ihnen das Bundesverwaltungsgericht den BBI-Standort gerettet hat. Aber zu welchem Preis? Sie dürfen nun ein Milliardenprojekt, ein Flughafendenkmal bauen, über das Experten lachen und die Wettbewerbsflughäfen sich freuen.

Alle Propaganda kann nicht die Fakten außer Kraft setzen. Weil der Standort Schönefeld falsch ist, wird dort ein Flughafen gebaut, der für alle Zukunft ein Regionalflughafen mit einigen kontinentalen Verbindungen bleibt. Mit seinen Betriebsbeschränkungen, der mit Sicherheit fehlenden Anbindung an das internationale Schienennetz und ohne Funktion eines Drehkreuzes wird er ohne Bedeutung für die Zukunft der Entwicklung des Weltflugverkehrs sein. Die BBI-Zukunft heißt Billigflieger. Passt doch so richtig zu Berlin und Brandenburg!

Aber weil BBI in dicht besiedeltem Gebiet gebaut wurde, kommt das dicke Ende für alle, die heute noch nicht glauben oder verdrängen, welchen Folgen an Lärm- und Umweltverschmutzung sie ausgesetzt sein werden. Zweiminütlich ein Flieger, Tausende von Tonnen verbrannte Kerosinrückstände für unsere Lungen, gesundheitsgefährdende Feinstäube, das ist die wahre Zukunft. Über Jahrzehnte werden die Betroffenen kämpfen müssen, um letzte Rücksichtslosigkeiten zu verhindern. Die Vergangenheit hat den BVBB gelehrt, wenn wir nicht zum Kampf entschlossen gewesen wären, dann hätte die vom Flughafen berauschte Politik gemacht was sie wirklich wollte. Betroffene interessieren dabei nicht, nur der BBI muss kommen, koste es was es wolle.

Letztlich haben wir den Standort nicht verhindert. Neben der Politik müssen sich aber auch alle diejenigen, die bei unserem Kampf abseits gestanden haben, die Frage gefallen lassen, ob sie nicht damit dem Standort Vorschub geleistet haben. Sie haben nur gehofft, dass der BVBB mit seinen Mitgliedern und mit deren Geld es schon richten werde. Der Widerstand des BVBB hat für einen vollen Erfolg nicht gereicht, weil zu viele der Betroffenen auch gleichgültig waren und nicht an die Kraft des Volkes geglaubt haben.

Wer daraus keine Lehre für die Zukunft zieht und nicht als Mitglied im BVBB mitarbeitet, sondern vor Politikern resigniert, der wird ewiges Opfer politischer und wirtschaftlicher Interessen bleiben!

Darum Mitglied werden, Hammer sein und nicht Amboss! Den Politikern zeigen, dass wir uns nicht alles gefallen lassen.

Klimakiller Flugzeug

Lauthals tun die Politiker in Berlin und Brandenburg so, als wäre der Klimaschutz ihre wichtigste Aufgabe und ihr wichtigstes Anliegen. Gleichzeitig tun sie wirklich alles, um einen Flugbetrieb durchzusetzen, der ihrer „Klimaschutzpolitik“ Hohn spricht. Es kann nicht genug Flüge von und nach Berlin geben, bei denen Kerosin in den Himmel geblasen wird und Tausende von Tonnen Feinstäube auf uns niederrieseln.

Das ist die schöne verlogene Welt der Politik!

Fluglärm ist nicht gleich Fluglärm

Volles Verständnis über den Jubel der Bewohner im Ruppiner Land, denen Fluglärm erspart werden soll. So hat zumindest das Verwaltungsgericht in Potsdam am 27. Juli 2007 entschieden. „Bombodrom, mit 1.700 Überflügen pro Jahr, wochentäglich Vormittags und Nachmittags über dem militärischen Bombenabflugplatz in der Ruppiner Heide sollen nicht stattfinden, entschieden die Richter.

Wie verlogen ist dann aber der Jubel von Platzeck und den Hilfstruppen in SPD, CDU und PDS? 200.000 Anwohner und Erholungssuchende in der Einflugschneise des BBI sollen Tag und Nacht 360.000 Überflüge im Jahr mit allen Folgen für Gesundheit und ihre Erholungsgebiete in Feld, Wald und Garten ertragen. Das hat Platzeck rücksichtslos betrieben. Mitgefühl und eigener Protest für die 10.000 Betroffenen im Ruppiner Land und kaltschnäuzige Missachtung der Bürger zwischen Müggelheim/Gosen/Grünheide und Ludwigsfelde.

Aber: beim Bombodrom konnten auch sozialistische Reflexe bedient werden, ging es doch gegen die Bundeswehr. Beim BBI werden dann die kapitalistischen Reflexe bedient. In jedem Fall wird der Januskopf als erfolgreiche Politik den „dummen Bürgern“ verkauft.

Spendenaufruf

Liebe vom BBI betroffene Mitbürger,

der Kampf zur Abwehr der brutalsten Folgen des geplanten Flugbetriebs des BBI geht in die nächste Runde. Der BVBB als Schutzorganisation gegen die Rücksichtslosigkeit gegenüber Ihrer Gesundheit und der Ihrer Kinder, Ihres Eigentums, geht in die nächste Runde.

Nun ist sicher, dass Ihnen auch die Nachtruhe geraubt werden soll, deren weitgehendes Verbot der BVBB mit seinen Klägern vor dem Bundesverwaltungsgericht erstritten hatte.

Mit diesem Einsatz haben wir allen Bürgern geholfen, auch denen, die abseits stehen und sich auf den BVBB verlassen haben, andere für sie kämpfen lassen oder vor der Politik resignieren.

Wir machen weiter, auch in Ihrem Interesse. Wenn Sie kein Mitglied sind, werden Sie es oder beteiligen Sie sich mit einer Spende, die steuerlich abzugsfähig ist, an den Kosten die wir benötigen, um eine Klage gegen den erwarteten ergänzenden Planfeststellungsbeschluss führen zu können. Mit Ihrer Spende helfen wir Ihnen, die unerträglichsten Auswirkungen des BBI-Flugbetriebs abzuwehren.

Denken Sie daran, was passiert wäre, wenn die BVBB-Mitglieder nicht entschlossen und aufopferungsvoll seit 10 Jahren für die Interessen aller Betroffenen gekämpft hätten.

Fragen Sie sich ehrlich, ob es solidarisch und anständig ist, „die Kastanien immer nur durch andere aus dem Feuer holen zu lassen“. Geben Sie sich einen Ruck zur Mitarbeit und zur finanziellen Beteiligung.

Unser Konto entnehmen Sie bitte dem Aufnahmeantrag.

Unser Dank gilt allen Spendern, insbesondere denjenigen, die schon in der Vergangenheit unsere Arbeit kräftig unterstützt haben.

Noch ein Hinweis: Alle Arbeit des BVBB wird ehrenamtlich geleistet.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den BVBB und erkenne die Satzung des Vereins an.

Name _____	Vorname _____
Straße _____	
PLZ _____	Wohnort _____
Geb.-Datum _____	Beruf _____
Tel. privat _____	Tel. dienstlich _____
Fax privat _____	Fax dienstlich _____
Ort / Datum _____	Unterschrift _____
	Zusätzliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei Minderjährigen _____

Beitrag

Der Monatsbeitrag ist in Abhängigkeit der Einkommensverhältnisse gestaffelt.
Bitte kreuzen Sie entsprechend der Höhe Ihres monatlichen Einkommens Ihren gewählten Beitragstarif an.

T 1	BASISTARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen über 1.000,00 €	3,00 €	<input type="checkbox"/>
T 2	ERM. TARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen unter 1.000,00 €	1,50 €	<input type="checkbox"/>
T 3	FREITARIF	Mitglieder ohne Einkommen	0,00 €	<input type="checkbox"/>

Nach Erhalt der Aufnahmebestätigung bitten wir Sie unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer um Überweisung des Betrages möglichst als Jahres- oder Halbjahresbeitrag auf das

Spenden- und Beitragskonto des BVBB:

Volksbank Berlin · BLZ: 100 900 00 · Konto-Nr.: 7188733004

**Wir kämpfen weiter! Helfen Sie uns, weil Ihnen geholfen wird!
Spenden Sie und werden Sie Mitglied des BVBB!**